

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Schulerweiterung und Tiefgarage

Die Schellenberger haben über zwei Vorlagen zu entscheiden

(G.M.) - Die Erweiterung der Schule Schellenberg, über die am Wochenende abgestimmt wird, ist weitgehend unstritten. Hingegen entfachte das Projekt einer Tiefgarage eine Diskussion in der Gemeinde, wie anlässlich einer Informationsversammlung zu vernehmen war. Inzwischen hat die Gemeindevorstellung den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einen Alternativvorschlag für die oberirdische Parkierung vorgelegt, da diese Variante in der Broschüre «nicht in gebührender Weise dargestellt» wurde.

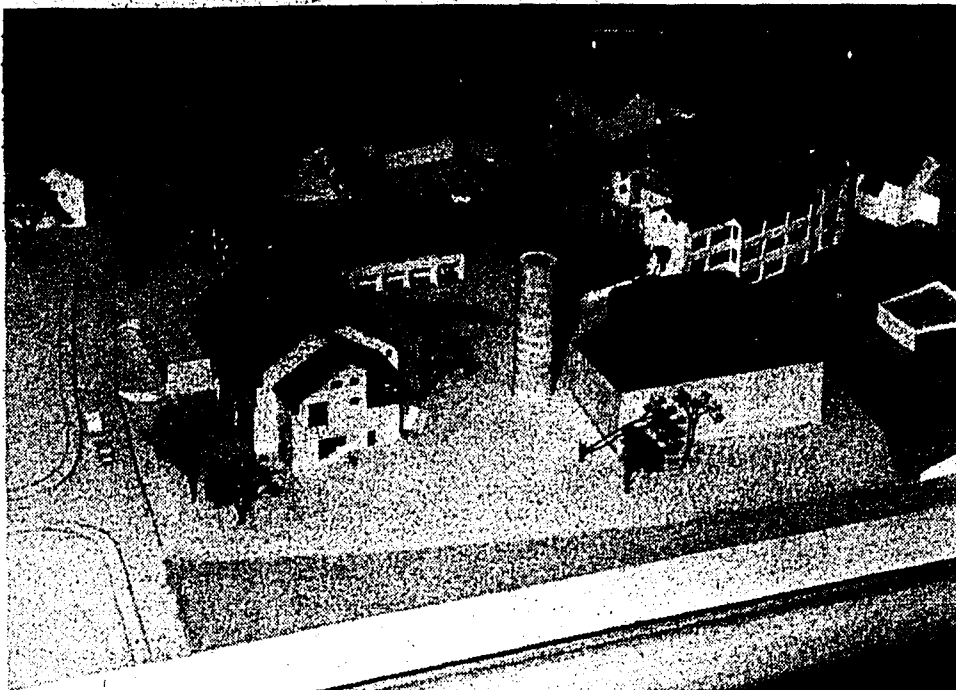
Die Erweiterung der Schule wird nach den vorliegenden Kostenschätzungen 6,263 Mio. Fr. kosten, wovon für die Gemeinde nach Abzug der Landessubvention in Höhe von 30 Prozent noch 4,384 Mio. Fr. übrigbleiben. Die Einstellhalle für die Autos als Tiefgarage zieht nach den Berechnungen Kosten in Höhe von 947 500 Fr. nach sich, wobei der Gemeindeanteil 663 000 Fr. betragen wird.

Das bestehende Schulhaus wird gemäss der Planung in der bisherigen Form stehengelassen und durch einen einfachen Längskörper mit dem neuen Klassentrakt erweitert. Fünf der insgesamt sechs Klassenzimmer sowie alle anderen Unterrichtsräume und der Lehrerbereich werden im Neubau untergebracht. Dies soll im bestehenden Schulhaus den Einbau der restlichen Infrastruktur, wie die ganze Haustechnik, Hauswartraum, WC- und Putzräume ermöglichen. Grosser Wert wurde bei der Planung auch auf die Neugestaltung der Umgebung gelegt, die durch den Neubau eine andere Bedeutung erhält.

Die Diskussionen in der Gemeinde Schellenberg entfachten sich an der Autoeinweihung. An der öffentlichen Informationsversammlung kreuzten sich Gegner und Befürworter die Klänge. Die

Gegner führten als Argument ins Feld, dass die Erschliessung für Verkehrsteilnehmer aus dem Hinterschellenberg schlecht sei und eine Verbetonierung des Zentrums erfolge. Demgegenüber argumentierten die Befürworter, es sei problematisch, eine Schule für 150 Schüler zu konzipieren, andererseits jedoch rund um die Schule Parkierungsmöglichkeiten zu schaffen, was einer Einschränkung der Kinder durch den Verkehr gleichkomme. Im weiteren wurde auch die Anregung laut, das Gemeindezentrum verkehrsfrei zu halten, was nur durch eine unterirdische Parkierung ermöglicht würde.

In einem Schreiben an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hat die Gemeindevorstellung einen Alternativvorschlag nachgeliefert, in dem es heisst, wenn der Kredit für die Erstellung der geplanten Tiefgarage abgelehnt werde, so würden die wegfallenden Parkplätze südlich des bestehenden Schulgebäudes realisiert werden.



Die Schellenberger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben am Wochenende über die Erweiterung des Schulhauses sowie über den Bau einer Tiefgarage zu befinden. Die Gesamtkosten der beiden Projekte belaufen sich auf 7,211 Mio. Fr. Davon hat die Gemeinde, nach Abzug der staatlichen Subventionen, einen Anteil von 5,047 Mio. Fr. zu tragen.

## KOMMENTAR

Ohne ausländische Arbeitskräfte würde die liechtensteinische Wirtschaft in der heutigen Ausgestaltung nicht funktionieren. Diese Feststellung gilt als allgemein anerkannt und lässt sich am simplen Zahlenbeispiel erhärten, dass derzeit mehr Ausländer in den Betrieben des Gewerbes, der Industrie und der Dienstleistungen beschäftigt sind als Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner. Nicht «allgemein anerkannt», wie Regierungschef Hans Brunhart voller Selbstbewusstsein in einem Interview behauptete, ist jedoch ohne Zweifel, dass die Ausländer-Politik der Regierung in den letzten Jahren erfolgreich gewesen sei.

Alle, die heute von einer Stabilisierung des Ausländer-Anteils sprechen, begeben sich auf eine Gratwanderung mit statistischen Zahlen.

### Gratwanderung

Als die Regierung anfangs der siebziger Jahre ihre «Drittelsbegrenzung» als Zielsetzung formulierte, war noch keine Rede von der Rückbürgerung ehemaliger Liechtensteinerinnen im Rahmen der Aktion «Liechtensteinerin bleiben» und noch keine Möglichkeit zur erleichterten Einbürgerung ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter. Doch mit diesen Ein- und Rückbürgerungen wurde die Möglichkeit geschaffen, weitere Ausländerbewilligungen zu erteilen, ohne die Statistik zu belasten. Die Regierung hat von dieser Möglichkeit weidlich Gebrauch gemacht, denn heute liegt der Ausländer-Anteil ungefähr auf gleicher Höhe wie vor der Einführung der «Drittelsbegrenzung», was konkret bedeutet, dass in den letzten zwei Jahrzehnten über zehntausend Zuzugsbewilligungen erteilt wurden.

Regierungschef Hans Brunhart hat sich in der ihm eigenen Art über das Problem hinweggeredet, als er seine «Stabilisierungspolitik» als erfolgreich lobte und - ohne konkrete Benennung der Einbürgerungs- und Rückbürgerungsfrage - einfach erklärte: «Dabei haben sich aber in der Problemstellung im vergangenen Jahrzehnt sicherlich einige Verschiebungen ergeben.»

Wie gesagt, wir sind auf die ausländischen Arbeitskräfte angewiesen, solange unsere Wirtschaft in der heutigen Form und Ausgestaltung vor allem auf Expansion eingestellt ist. Doch es wäre ehrlicher, wenn man die Umstände, wie die Stabilisierung des Ausländer-Anteils in der Statistik zustande gekommen ist, auch wirklich benennen würde. Doch davon ist die VU-Politik, die gerne kurzfristige Erfolge auskostet, noch weit entfernt. (G.M.)

## Noch keine Stabilisierung des Ausländer-Zuzugs

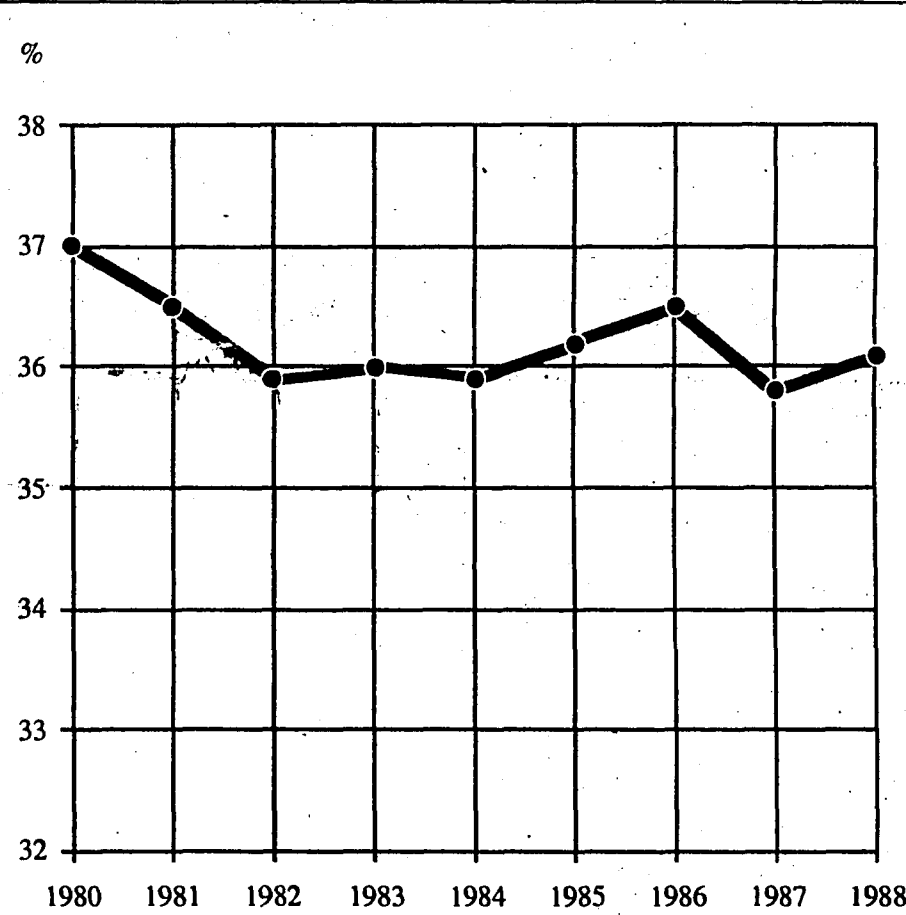
Nach der Anpassung der Verordnung über den Zuzug von Ausländern in das Fürstentum Liechtenstein

Die Regierung hat eine neue Verordnung über die Zulassung von Ausländern in unser Land erlassen. Das «Liechtensteiner Vaterland» erweckt nun den Eindruck, als ob eine Stabilisierung des Ausländeranteils und des Ausländerzuzugs erreicht worden sei. Nach den vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten Zahlen ist der Ausländeranteil von 1987 auf 1988 jedoch wieder angestiegen und beläuft sich nun auf 36,1 Prozent. Nicht eingerechnet sind die zahlreichen Einbürgerungen, die 1987 insgesamt 364 und 1988 noch 120 Personen ausmachten.

Seit Beginn der siebziger Jahre verfolgt die Regierung das Ziel, den Ausländerbestand auf einen Drittel der Wohnbevölkerung zu begrenzen. Schon damals lag der Ausländerbestand höher als bei einem Drittel, und auch heute kann festgestellt werden, dass diese Zielsetzung um einige Prozentpunkte nicht erreicht wird. Inzwischen hat die Regierung diese Drittelsbegrenzung auf 32,2 Prozent reduziert und diesen Anteil als «ausgewogenes Verhältnis» zwischen Gesamtbevölkerung und Ausländerzahl bezeichnet.

Nach einer Statistik über Einbürgerungen, die das Amt für Volkswirtschaft vor wenigen Tagen veröffentlichte, sind zwischen 1970 und 1988 insgesamt 2196 vormalige Ausländerinnen und Ausländer in unserem Land eingebürgert oder nach einer Gesetzesänderung wieder rückgebürgert worden.

Wenn heute also der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung betrachtet wird, so müssten diese Einbürgerungen und Rückbürgerungen mitberücksichtigt werden. Heute liegt der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung ungefähr gleich hoch wie zu Beginn der siebziger Jahre.



## Anteil der ausländischen Bevölkerung

Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung hat sich im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl von 1987 auf 1988 wieder leicht erhöht. In dieser Statistik sind jedoch die zahlreichen Einbürgerungen nicht berücksichtigt. Allein 1987 wurden nach Angaben des Amtes für Volkswirtschaft 362 erleichterte Einbürgerungen ausländischer Kinder liechtensteinischer Mütter vorgenommen, 1988 waren es 101 Personen. Der Ausländerbestand hat sich damit nicht stabilisiert, sondern ist angestiegen.

## Liechtenstein an KSZE-Folgeveranstaltung

(pafl) - Am Dienstag, 18. April, begann mit dem Informationsforum in London eine der KSZE-Folgeveranstaltungen, die beim Wiener Treffen der KSZE-Teilnehmerstaaten vereinbart wurden. An diesem Forum sollen Medienschaffende und Medienverantwortliche miteinander Kontakt aufnehmen und unter anderem Fragen der Verbreitung und des Austausches von Information, des Zugangs zu Information und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Medienschaffende diskutieren.

Der Leiter der liechtensteinischen Delegation an diesem KSTE-Forum ist Graf von Ledebur-Wicheln.

## Erste Preisverleihung durch FL-Stiftung

Aus Anlass des 50. Regierungsjubiläums von S. D. Fürst Franz Josef II. wurde 1988 erstmals der Fürst Franz Josef von Liechtenstein-Preis ausgeschrieben. Der von der Fürst von Liechtenstein-Stiftung ausgeschriebene und mit einer Preissumme von 100 000 Fr. dotierte Preis wird für besondere Leistungen und Verdienste zugunsten der Familie als Grundzelle der menschlichen Gesellschaft verliehen. Die Preisjury unter dem Vorsitz von alt Bundesrat Dr. Alfons Egli hat nach einer Mitteilung der Stiftung den ersten Preisträger erkoren, der am 28. April bekanntgegeben werden soll.

Die Fürst Franz Josef von Liechtenstein-Stiftung ist eine gemeinnützige Stiftung, die vom Staat und den Gemeinden zum 75. Geburtstag von Fürst Franz Josef II. errichtet wurde.



## In einem Monat messen sich 60 FL-Sportler in Zypern

Auftakt zur VOLKSBLATT-Serie mit dem Stv. Organisationsleiter Nicos Mejealemos aus Nikosia

Bereits in genau einem Monat werden 60 Sportlerinnen und Sportler aus Liechtenstein bei den 3. Spielen der europäischen Kleinstaaten im Einsatz stehen und versuchen, die Bilanz von Monaco 1987 mit 10 Medaillen zu bestätigen. Im Vorfeld dieses Grossanlasses publiziert das VOLKSBLATT wie schon letztes Jahr vor den Sommerspielen von Seoul eine Serie. Den Auftakt zu dieser Serie bildet ein ausführliches und aufschlussreiches Gespräch mit dem stellvertretenden Organisationsleiter Nicos Mejealemos aus Nikosia, das wir im Sportteil dieser Ausgabe veröffentlichen.

Nach San Marino 1985 und Monaco 1987 werden vom 17. bis 20. Mai 1989 die 3. Spiele der europäischen Kleinstaaten auf der östlichen Mittelmeerinsel Zypern ausgetragen. Mit definitiv gemeldeten 720 Aktiven und rund 300 Offiziellen aus

den acht europäischen Kleinstaaten wurden die Anmelde-Erwartungen der Organisatoren erheblich übertroffen. Den Grossteil der Medaillen werden wohl erneut die drei «grossen» Kleinstaaten Island, Luxemburg und Zypern unter sich ausmachen, wobei Gastgeber Zypern diesmal die erfolgreichste Nation werden will. Unser Land, das in den acht Sportarten Leichtathletik, Rad, Schiessen, Tennis, Schwimmen, Judo, Volleyball und Surfen vertreten sein wird, möchte in einem Monat Monaco den Rang als bestes Land der «kleinen» Kleinstaaten ablaufen.

Für Liechtenstein wird Zypern nicht nur aus sportlicher, sondern auch aus organisatorischer Sicht interessant sein, denn 1997 oder 1999 soll die «Miniolympiade» in unserem Land durchgeführt werden.

8 Mio. Franken für Sportstätten

Wie Nicos Mejealemos von der Organisationsleitung in Nikosia uns gegenüber erklärte, sind die Kleinstaaten-Spiele in Fernsehen, Radio und Zeitungen Zyperns seit Monaten ein wichtiges Thema, stellt doch dieser Anlass das grösste Sportereignis in der Geschichte der geteilten Insel dar. Die Regierung lässt sich dies denn auch einiges kosten. Für den Neubau respektive die Sanierung von Sportstätten hat die Regierung gemäss Nicos Memealemos rund 8 Millionen Franken bewilligt, wobei sämtliche Arbeiten praktisch abgeschlossen sind. Allein für die Organisation stehen in Zypern rund 800 000 Franken zur Verfügung. (M.)

(Mehr darüber im Sportteil dieser Ausgabe)

**Mehr Nutzen weniger Computer**

**MICOMP**

Kompetente PC-Beratung

MICOMP Aktiengesellschaft  
 BBB-Center, Neusand, FL-9495 Triesen  
 Telefon 075/2 79 97, Telefax 075/2 60 60  
 Off. IBM Personal-Computer-Vertretung